



# ODENWALD KURIER

---

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

**Oktober  
2024**

---

## **Guten Tag!**

Die Wahlerfolge der AfD in Sachsen und Thüringen sind den bürgerlichen Parteien gehörig in die Knochen gefahren. Plötzlich geht es in Parlament und Medien nur noch darum, wie möglichst schnell und möglichst viele Asylbewerber und Flüchtlinge abgeschoben oder an der Einreise gehindert werden können. Bei allen gegenseitigen Schuldzuweisungen und Polemiken bleibt eine Frage ausgeklammert: Warum drängen diese Menschen in die EU statt zuhause zu bleiben? Die meisten Migranten haben sich aus dem Irak, Afghanistan, Syrien und der Ukraine auf den Weg zu uns gemacht. In all diesen Ländern haben NATO-Staaten Krieg geführt, die Städte zerstört und Chaos hinterlassen. Der Ukraine wurde auf dem Gipfel 2008 in Bukarest der Beitritt zur NATO versprochen. Seitdem wurde die Ukraine aus dem Westen massiv mit Geld und Waffen zum Frontstaat gegen Russland aufgebaut und versinkt seit 2014 immer tiefer im Krieg.

Syrien und Afghanistan werden mit Sanktionen am Wiederaufbau gehindert und kommen nicht auf die Beine. Doch ein Umdenken findet in unserer Politik nicht statt, weil sich die treibenden Kräfte in der NATO krampfhaft an der schwindenden Vorherrschaft in der Welt festklammern. Das bringt uns einem Krieg im Zentrum Europas immer näher.

R. Weber

## Kanonenfutter gesucht

Verteidigungsminister Boris Pistorius will die Bundeswehr bis 2029 auf Kriegstüchtigkeit trimmen und braucht dafür Soldaten. Der Zustrom von Freiwilligen war trotz großer Werbekampagnen nicht von Erfolg gekrönt. Nun soll schrittweise zur ungeliebten Wehrpflicht zurückgekehrt werden. Wer von den jungen Frauen und Männern seinen 18. Geburtstag feiert, dem wird ab 2025 ein Fragebogen ins Haus flattern, um die Kriegstüchtigkeit zu ermitteln. Männer die dieser Abfrage nicht Folge leisten, müssen mit einem Bußgeld rechnen.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht belastet die gesamte Jugend. Mit Verteidigungslügen und anderen Propagandaversuchen gibt die Regierung ihr Bestes, um junge Menschen vom Kriegsdienst zu überzeugen. Jugendoffiziere kommen an die Schulen, an denen sie bei Minderjährigen für Laufbahnen bei der Bundeswehr werben. Beim diesjährigen Girlsday durften 15-16 jährige Schülerinnen und Schüler bei der Bundeswehr in Hardtheim im Neckar-Odenwaldkreis auf Panzern mitfahren und den Waffengebrauch kennenlernen. Was noch abenteuerlich beginnt, wird im Ernstfall in der Katastrophe enden.

Immer mehr Jugendliche fallen auf diese Werbung rein, da weder die maroden Schulgebäude noch unsichere Berufsausbildungs- und Studienplätze gute Zukunftsaussichten bieten. Lehrermangel und Unterrichtsausfall führt bei den Schülerinnen und Schülern zu schlechteren Zeugnissen und Abschlüssen. Das führt zu Zukunftsängsten und Perspektivlosigkeit? Relativ zum Vorjahr stiegen 2023 die Haushaltsausgaben für Bildung um rund 2,6%. Im gleichen Zeitraum stiegen die Militärausgaben um 16%.

Das schlechte Abschneiden deutscher Schüler an den PISA-Studien ist schon lange bekannt und immer wieder Thema. Aber die notwendige finanzielle Investition in den Schul- und Lehrbetrieb haben für unsere Ampelmänner- und Frauen keine Priorität.

Rüstung und Krieg gehen vor!

Wurde der Verteidigungshaushalt 2024 auf fast 52 Milliarden Euro erhöht, kommen noch die 100 Mrd. Euro Kriegskredit hinzu.

Dazu ein kleiner Vergleich: Im Jahre 2022 bestellte die Bundesregierung 35 Exemplare der F-35 Kampffjets für mehr als 8 Milliarden Euro. Von diesem Geld hätten mehr als 183.000 Lehrkräfte für ein Jahr angestellt werden können. Offensichtlich ist ihr das Kanonenfutter wichtiger als eine gut gebildete Jugend.

Die Zukunftsangst wird inzwischen schamlos ausgenutzt, indem die Bundeswehr in sozialen Medien, in Schulen und selbst auf Pizzakartons sichere Jobs verspricht.

Doch ein Job, bei dem Rassismus, Sexismus und andere Demütigung auf der Tagesordnung steht - ein Job, indem man an der Front verstümmelt und traumatisiert wird oder



stirbt, ist alles andere als eine Perspektive für die Jugend. Gewinner dieser Politik sind Rheinmetall und Co. mit Rekordprofiten. Anstatt sich für Frieden und eine Zukunft für die Jugend einzusetzen, wird aufgerüstet und eine völkerrechtswidrige Sanktionspolitik betrieben, die uns ärmer und einen 3. Weltkrieg immer wahrscheinlicher macht.

Deswegen fordern wir heute im Namen der arbeitenden und lernenden Jugend:

- **Deutschland raus aus der NATO! NATO raus aus Deutschland!**
- **Nein zur Wiedereinführung der Wehrpflicht**
- **Eure Kriege, ohne uns!**

SDAJ Odenwald

## **Ablenkungsmanöver**

Nichts geht mehr in diesem Land. Bahnfahren wird zum Horror, Schulen und Schwimmbäder krachen zusammen, Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern haben die Schnauze voll, weil es nicht genügend Personal gibt. Die Liste lässt sich fortsetzen. Es ist die Kehrseite der Kriegspolitik. Milliarden in Rüstung und Krieg, nichts zum Erhalt von Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Wirtschaftskrieg gegen Russland und China bedeuten Deindustrialisierung, Jobverlust und Inflation in diesem Land.

Davon abzulenken, das ist das Wesen der rassistischen Migrationsdebatte. Es ist natürlich Unsinn, die Folgen von Flucht und Migration romantisch zu verklären. Flucht und Migration verschärfen immer die Konkurrenz der Ausgebeuteten und das betrifft in der Regel vor allem deren ärmere Teile. Flucht und Migration bringen oft Gewalterfahrung und Gewalt mit sich. Kulturelle, religiöse und sonstige Konflikte sind häufig. Wer das alles aber auf „die Ausländer“ projiziert, der unterstützt

die herrschende Politik. Die will vor allem eins, nämlich davon ablenken, dass ihre (Kriegs-)Politik das Land kaputt macht und die soziale Misere verursacht. Sie will davon ablenken, dass Krieg und internationale Ausbeutungsverhältnisse die Ursache von Flucht und Migration sind. Und sie will davon ablenken, dass das Kapital dann sogar noch von den Folgen, der Verschärfung der Konkurrenz der Ausgebeuteten, profitiert. Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt drückt auf die Löhne, Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt treibt die Mieten in die Höhe.

Daneben wird das Problem medial und politisch hochgeschrieben. Die Darstellung der Problematik übertrifft die Realität deutlich. Im Unterschied zu 2015 haben wir keine Zeltstädte, die Belastung der Infrastruktur ist wesentlich geringer. Allerdings ist das Ausspielen größer, zum Beispiel die Vorzugsbehandlung von Menschen aus der Ukraine. Auch der Rassismus unter den Migranten selbst nimmt zu. Die Frage der Migration wird von den Medien und den bürgerlichen Parteien unter bewusster Ausnutzung schrecklicher Einzelfälle wie Solingen hochgeschrieben. Davon profitiert die AfD, die CDU und in gewissem Umfang auch das BSW. Dieses Hochschreiben der Migrations- und Fluchtfrage hat aber als Wesen vor allem das Ablenken von der Kriegspolitik und ihren Folgen, dem Kahlschlag im Sozialen, bei der Infrastruktur und bei den demokratischen Rechten.



**unsere zeit**

Sozialistische Wochenzeitung  
Zeitung der DKP

**Jetzt  
kennenlernen**

<https://abo.unsere-zeit.de/6-wochen-uz-probeabo>

Patrick Köbele, Vorsitzender der DKP

**V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt**  
**E-Mail [reinhold-fertig@t-online.de](mailto:reinhold-fertig@t-online.de)**